

## INTERNATIONAL

- 4 KÄMPFE IN DEN FAVELAS  
VON RIO DE JANEIRO

## NORDRHEIN-WESTFALEN

- 5 KOMITEE GEGEN DAS VERBOT  
VON PSDU – INTERVIEW

## BRD

- 8 DEUTSCHLAND AUF  
KRIEGSKURS

## FRAUEN

- 10 BENACHTEILIGUNG IM  
GESUNDHEITSSYSTEM

## HAMBURG

- 14 BRUTALER ANGRIFF AUF  
DAS PALÄSTINA-CAMP

## BREMEN

- 16 HAUSHALTSSPERRE24

## BERLIN

- 18 GEFÄHRLICHER  
BADESPASS

## BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 MÖRDER ALS GUTE  
SAMARITER

## KULTUR

- 22 KEINE ZEIT FÜR  
MITTELERDE

## **INHALT**

- |           |                            |   |
|-----------|----------------------------|---|
| <b>4</b>  | <b>INTERNATIONAL</b>       | <b>KÄMPFE IN DEN FAVELAS VON RIO DE JANEIRO</b>                                       |
| <b>5</b>  | <b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b> | <b>INTERVIEW MIT DEM KOMITEE GEGEN DAS VERBOT VON „PALÄSTINASOLIDARITÄT DUISBURG“</b> |
| <b>8</b>  | <b>BRD</b>                 | <b>DEUTSCHLAND AUF KRIEGSKURS</b>   |
| <b>10</b> | <b>FRAUEN</b>              | <b>BENACHTEILIGUNG VON FRAUEN IM GESUNDHEITSSYSTEM</b>                                |
| <b>12</b> | <b>BILD DES MONATS</b>     | <b>INTERNATIONALES SOMMERLAGER 2024</b>   |
| <b>14</b> | <b>HAMBURG</b>             | <b>BRUTALER ANGRIFF AUF DAS PALÄSTINA-CAMP</b>  |
| <b>16</b> | <b>BREMEN</b>              | <b>HAUSHALTSSPERRE24</b>  |
| <b>18</b> | <b>BERLIN</b>              | <b>GEFÄHRLICHER BADESPASS</b>   |
| <b>20</b> | <b>BADEN-WÜRTTEMBERG</b>   | <b>MÖRDER ALS GUTE SAMARITER</b>  |
| <b>22</b> | <b>KULTUR</b>              | <b>KEINE ZEIT FÜR MITTELERDE</b>  |

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an [rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

die Vorbereitungen zur Gründung der Antiimperialistischen Liga laufen augenscheinlich auf Hochtouren. Ihre Gründung wird sicherlich nicht nur in der Bundesrepublik, sondern weltweit einen deutlichen und guten Effekt haben und dem antiimperialistischen Kampf einen neuen Impuls geben. Bereits die gegenwärtig in vielen Ländern stattfindenden Aktivitäten sind von diesem kommenden Ereignis geprägt.

Die revolutionäre Bewegung in Mexiko und weltweit hat am 30. August den „Internationalen Tag der Inhaftierten-Verschwendungsgelassenen“ begangen. Für die demokratische und revolutionäre Bewegung in Mexiko ist dieser Tag ein besonders wichtiges Datum, welches inmitten des Kontextes des Krieges gegen das Volk stattfand, und besonders im Bundesstaat Oaxaca gab es dieses Jahr eine großartige Mobilisierung. Über 112.000 Menschen sind seit den 1960er Jahren auf Anweisung oder mit Billigung des alten mexikanischen Staates „verschwunden“ gelassen worden. Der Fall der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa vor zehn Jahren erlangte dabei eine breite internationale Aufmerksamkeit. Das gewaltsame Verschwinden des Genossen Dr. Ernesto Sernas García hat sich diesen Mai zum sechsten Mal gejährt. Die internationale Kampagne für die lebendige Präsentation und lebendige Übergabe des Genossen Dr. Ernesto Sernas García fand auch in Deutschland ihren Widerhall.

Für den 26. August 2024 (an diesem Tag im Jahr 1896 gab es einen großen Aufstand gegen die spanischen Kolonialherren) riefen Antiimperialisten zu einem globalen Aktionstag auf, um den Kampf des philippinischen Volkes zu unterstützen. Es gab in mehreren deutschen Städten Aktionen wie Graffiti, Poster und Dazibaos. Auch in anderen Ländern Europas, Nord- und Lateinamerikas, sowie in Asien wurden Aktionen durchgeführt. Der Aktionstag war ein Erfolg und er hat Antiimperialisten auf der ganzen Welt durch die gemeinsame Aktion weiter vereint.

Am 7. Oktober 2024 wird das Gericht in Lannemezan eine Anhörung durchführen, um über den Antrag auf bedingte Entlassung und die Ausweisung von Georges Abdallah in den Libanon zu entscheiden, den sein Anwalt vor über einem Jahr gestellt hat. Diese Anhörung findet wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der Haft von Georges, dem am längsten inhaftierten politischen Gefangenen in Frankreich, statt. 40 Jahre Haft für den Kämpfer des palästinensischen Freiheitskampfes nach einem Schuldspruch aufgrund eines ungerechten politischen Verfahrens, und weil ein erster Anwalt seinen Mandanten verriet, indem dieser für den Geheimdienst arbeitete, 40 Jahre Haft, obwohl Georges seine Strafe bereits vor 25 Jahren abgesessen hat. In Frankreich hat die Vereinte Kampagne für die Befreiung von Georges Abdallah vom 7. September bis zum 7. Oktober 2024 zu einem internationalen Monat koordinierter Aktionen mit tausenden Initiativen aufgerufen. Überall in Frankreich, auf den Straßen, in den Vierteln und an den Universitäten, an den Wänden und in den Medien und auch auf internationaler Ebene vor den französischen Botschaften und Konsulaten wird der Fall von George Abdallah präsent sein.

Wir wollen auch die Gelegenheit nutzen euch dazu aufzurufen euch dem bürgerlichen Wahlzirkus der kommenden Landtagswahlen in Brandenburg zu entziehen. „*Geht nicht wählen! Kämpft und wehrt euch!*“ bleibt eine richtige und wichtige Parole. Alle zu den bürgerlichen Wahlen antretenden Parteien vertreten die Interessen der Herrschenden in diesem Land. Das Wahltheater in Sachsen und Thüringen um vermeintliche Alternativen zu den „etablierten Altparteien“, die „Machtergreifung des Faschismus“, die Skandale, die angeblichen großen Entscheidungen, die Schicksalswahlen, all das hat ihnen nicht geholfen, sondern die Krise des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie im allgemeinen und der aktuellen Bundesregierung im besonderen, sowie die des Revisionismus und Opportunismus weiter vertieft. Sie sind eine Niederlage des deutschen Imperialismus. Das ist gut. Davon braucht es mehr.

Eure RoPo-Redaktion

## KÄMPFE IN DEN FAVELAS VON RIO DE JANEIRO

**I**m August griff die Polizei in einer großangelegten Aktion über vier Tage hinweg die Favela Complexo da Maré in Rio de Janeiro an. Es gab bereits mehrere Dutzend Angriffe auf die Favela allein im Jahr 2024. Gleichzeitig wurden Polizeieinsätze auch in Morro do Urubu und Morro do Quitungo, beide im Norden von Rio de Janeiro, durchgeführt. Das brasilianische Volk, hier die ärmsten Massen in den Städten, kämpfen gegen den alten Staat, der in direkter Zusammenarbeit mit den Drogenbanden das Volk vergiftet und betäubt und durch seine bewaffneten Organe die Kinder des Volkes abschachtet.

Am Morgen des 19. August wehrten sich die Bewohner des Complexo da Maré gegen eine Räumungsaktion der Militärpolizei. Die Polizei zerstörte dort einen ganzen Wohnkomplex, nachdem sie in den frühen Morgenstunden in die Teile Nova Holanda und Parque União eindrang. Die Arbeiter der Viertel verurteilten dies als einen weiteren Vorfall von Polizeigewalt in der Gemeinde, der als „Kampf gegen den Drogenhandel“ getarnt sei, und veranstalteten eine Demonstration, bei der sie die Avenue Brigadeiro Trompowski blockierten, Barrikaden errichteten und Reifen und andere Dinge in Brand setzten. Die Polizei reagierte auf die Demonstration mit brutaler Gewalt, setzte Schlagstöcke und Gummigeschosse ein. Die Anwohner ließen sich nicht einschüchtern und verteidigten ihr Recht, gegen die Polizeigewalt und die willkürlichen Einsätze zu protestieren. Schulen und Krankenhäuser waren von dem Polizeieinsatz betroffen und schlossen.

Am folgenden Tag wurde die Polizeioperation fortgesetzt. Erneut mussten Dutzende von Schulen schließen. Die Presse wiederholte die Lügen der Polizei, dass die Gebäude, die abgerissen wurden, angeblich von „Drogenhändlern“ gebaut worden seien, um „Geld zu waschen“. Tatsächlich verkauft die Militärpolizei weiterhin Waffen an verschiedene Lumpenbanden. Diese werden auch vom Militär unterstützt, das den Drogenschmuggel in die Viertel zulässt.

Am dritten Tag gab es erneut Polizeiangriffe, dort stürmte die Militärpolizei um halb sechs Uhr morgens die Viertel Nova Holanda und Parque União. Es kam

es zu weiteren Räumungsaktionen gegen Anwohner und die Militärpolizei begann Wände und Decken einzureißen, obwohl sich noch Bewohner, darunter Kinder und ältere Menschen, in den Gebäuden befanden. Auch Polizisten in zivil waren in den Angriff involviert. Anwohner berichteten, dass Polizisten die Habseligkeiten der Arbeiter stahlen. Die Mainstreampresse aber ignorierte die Situation der Anwohner und wiederholte dieselben Lügen wie die Polizei. Sie behaupteten sogar, dass es sich bei dem Beutegut der Polizei um Luxusgüter aus dem Drogenhandel handele. Die Bewohner versammelten sich zu einem neuen Protest und sperrten die Avenida Brasil in Richtung Campo Grande, doch die Demonstration wurde schnell von der Militärpolizei angegriffen. Die Motorradtaxifahrer der Gemeinde unterstützten den Protest und brachten ihre Wut über die Angriffe des alten Staates auf die Gemeinde zum Ausdruck.

Am 22. August war der Complexo da Maré bereits zum vierten Mal in Folge mit Angriffen der Militärpolizei in Zusammenarbeit mit der Zivilpolizei und der Behörde für öffentliche Ordnung konfrontiert. Die Polizeigewalt verhinderte nach wie vor den Schulbetrieb, beeinträchtigte die Gesundheitsversorgung und verursachte große Verluste bei den örtlichen Kleinunternehmen.

Diese Räumungsaktionen sind Teil einer historischen Krise auf dem brasilianischen Wohnungsmarkt, die sich nach dem Ende der Corona-Pandemie noch verschärft hat. Einer Umfrage zufolge waren zwischen Oktober 2022 und Juli 2024 insgesamt mehr als 1,5 Millionen Menschen von Zwangsräumungen bzw. Zwangsumsiedlungen betroffen. Fast 5.000 Familien in Rio wurden geräumt und fast 6.000 sind von Zwangsraumung bedroht. Die Zahl der Obdachlosen nimmt zu, im Jahr 2022 gab es im Vergleich zu 2020 einen Anstieg von 8,5 %.

Das brasilianische Volk kämpft und wehrt sich, es erobert sich Räume, auf dem Land und in der Stadt, und es widersteht den Angriffen der Reaktion, seien es bewaffnete Banden, Polizei, Armee oder andere Institutionen des alten Staates. •



## „PALÄSTINASOLIDARITÄT IST UNSERE PFLICHT!“

**I**m Folgenden veröffentlichen wir ein Interview mit dem Komitee gegen das Verbot von „Palästinasolidarität Duisburg“ und einem Betroffenen dieses Verbots, um einen Beitrag gegen die Repression gegen die palästinasolidarischen Bewegung in Deutschland zu leisten.



**Rote Post:**

Hallo, könnt ihr euch bitte kurz vorstellen?

**Sylvia Brennemann:**

Das Komitee hat sich im Juni gegründet als Reaktion auf das Verbot von Palästinasolidarität Duisburg, um die von der Repression und dem Verbot Betroffenen zu unterstützen, deren politischen und juristischen Kampf zu supporten, Öffentlichkeit zu schaffen und Spenden zu sammeln.

Im Komitee sind Personen aus Duisburg, die seit Jahren politisch aktiv sind, unter anderem in antifaschistischen und sozialen Kämpfen, Gewerkschaften, Parteien und natürlich in internationalistischen

Kämpfen, darunter auch für Palästina. Die meisten von uns hatten in der Vergangenheit mit PSDU allerdings gar nichts zu tun und sind erst nach dem Verbot mit den Betroffenen in Kontakt getreten.

**Leon Wystrychowski:**

Ich habe im Zeitraum ab Mai 2023 PSDU mitgegründet und war seitdem dort aktiv. Ich habe für die Gruppe Demonstrationen angemeldet, Reden gehalten, Interviews gegeben und wurde dafür vom Innenministerium zum Vorsitzenden von PSDU erklärt und war mit vier weiteren Personen von den Hausdurchsuchungen am 16. Mai betroffen. Gemeinsam mit allen weiteren Betroffenen habe ich gegen das Verbot und die damit einhergehende Repression geklagt.

**Rote Post:**

Was ist der Hauptvorwurf, den euch das NRW-Innenministerium und der Verfassungsschutz machen?



*Leon:*

Erstmal muss man verstehen, dass das Verbot fast ausschließlich politisch und nicht juristisch begründet ist, und dass das ganze Verbot groß politisch „geframed“<sup>1</sup> wurde mit dem Vorwurf der „geistigen Unterstützung der Hamas“. Was nicht nur doof klingt, sondern auch kein Straftatbestand ist und ich nicht weiß, was es heißen soll jemanden „geistig zu unterstützen“. Weder haben wir sie finanziell unterstützt, noch für sie rekrutiert oder Werbung oder Propaganda für sie gemacht, noch hatten wir Kontakte.

Dieses „Framing“ war vor allem für die Öffentlichkeit und die Medien. Die haben das Wort „geistig“ weggelassen und daraus wurde dann in der Öffentlichkeit, dass wir Hamas-Unterstützer sind.

Im juristischen Sinne ist tatsächlich das Einzige, was man uns vorwirft, „verfassungsfeindlich“ zu sein, weil wir gegen das Prinzip der Völkerverständigung verstoßen hätten und damit gegen das Grundgesetz. Interessanterweise ist es so, dass es eigentlich gar nicht so leicht ist gegen die Völkerverständigung zu verstoßen, wenn man eine lokale Gruppe und keine Regierung ist. Gegen die Völkerverständigung verstößt man nämlich, insbesondere wenn man Waffen in Kriegsgebiete liefert oder Kriegsverbrechen und Völkermorde begeht oder unterstützt.

Uns wurde dieser Verstoß vorgeworfen, indem behauptet wurde, dass wir Zitat „*Hass in das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern*“ getragen hätten. Was angesichts von 100 Jahren Siedlerkolonialismus und 75 Jahren Apartheid natürlich völlig absurd ist.

Konkret wird das mit den üblichen Antisemitismusvorwürfen unterfüttert. Als antisemitisch wird unter anderem der Vorwurf des Genozids, der Apartheid, des Kolonialismus, aber auch die Forderung nach einem Rückkehrrecht der Palästinenser eingestuft. Vor allem auch unser Bekenntnis zum Recht der Palästinenser auf Widerstand in allen Formen wurde gegen uns angeführt.

1 Framing ist eine Art, Informationen zu präsentieren, um die Wahrnehmung eines Themas zu beeinflussen. Dabei werden Aspekte hervorgehoben und andere ausgelassen, um die Sichtweise von Menschen zu verändern

Jeglicher Widerstand wird in der Verbotsverfügung als „terroristisch“ dargestellt. Selbst Organisationen, die in den 1967 besetzten Gebieten kämpfen und weder auf EU-Terrorlisten noch in Deutschland einem Verbot unterliegen, werden vom NRW-Innenministerium eigenmächtig als terroristisch eingestuft. Indem das NRW-Innenministerium das Rückkehrrecht und das Widerstandsrecht verleugnet, setzt es sich über geltendes Völkerrecht hinweg.

*Rote Post:*

Warum ist es eurer Meinung nach so wichtig den Kampf der unterdrückten Völker, vor allem des Volkes von Palästina zu unterstützen?

*Leon:*

Palästina ist einer der letzten westlichen Kolonien, wo die indigene Bevölkerung einen nationalen Befreiungskampf führt. Hier zeigt sich der westliche Imperialismus am offensten und das ist auch der Grund, warum dieser „Konflikt“ weltweit die Menschen in zwei Lager vereint, auf der einen Seite, die Mehrheit der Menschheit, die für Befreiung steht und auf der anderen Seite eine mächtige Minderheit, die ein Interesse an Ausbeutung und Unterdrückung hat.

Dazu kommt die Besonderheit, dass es sich in Palästina um eine besonders aggressive Form von Siedlerkolonialismus handelt und die Menschen vor der Entscheidung stehen, weitgehende Vertreibung oder Vernichtung der Indigenen versus nationale Befreiung.

Deutschland gehört, wie wir seit 11 Monaten gesehen haben zu den wichtigsten Unterstützern Israels und seiner Kolonial- und Vernichtungspolitik, deswegen ist es nur natürlich, dass viele Menschen hier empört sind und ihre Verantwortung darin sehen dieser Politik Einhalt zu gebieten und sich für die Rechte der Palästinenser einzusetzen, unabhängig davon, ob sie das aus moralischen, religiösen oder politischen Gründen, als Internationalisten oder einfach als Menschen tun.

*Rote Post:*

Wie ist es euch seit den Razzien ergangen, dürft ihr euch politisch noch betätigen? Was macht ihr dagegen?

*Leon:*

Das Verbot war auf jeden Fall ein massiver Eingriff in unser Recht auf Vereinigungsfreiheit und

zugleich natürlich untrennbar ein Angriff auf unsere Meinungsfreiheit. Außerdem haben die Behörden das Verbot auf weitere Bereiche ausgeweitet. Mir zum Beispiel wurde die Teilnahme an mehreren Versammlungen verboten, eine Demonstration in Duisburg wurde verboten, weil die Anmelderin angeblich PSDU-nah war, ein weiterer Betroffener wurde auf der Arbeit suspendiert, nachdem der Staatsschutz an seinem Arbeitsplatz aufgetaucht ist.

Uns wurden massive private finanzielle Schäden zugefügt. Trotzdem haben wir natürlich unsere Grundrechte nicht verloren, egal was einzelne Polizeisprecher öffentlich behaupten oder was die Repressionsbehörden sich wünschen. Wir alle dürfen weiterhin politisch aktiv sein und uns auch organisieren.

**Sylvia:**

Gleichzeitig ist es natürlich so, dass gerade die organisierte Palästinaarbeit in Duisburg durch das Verbot in einen rechtlichen Graubereich gedrängt wurde. Jeder Organisation, die zu Palästina in Duisburg arbeiten möchte, droht der Vorwurf der „Nachfolgeorganisation“ und entsprechender Repressionen.

Deswegen ist das PSDU-Verbot bis zu einem gewissen Grad ein Palästina-Verbot für Duisburg. Weil wir das nicht akzeptieren können, gehen wir, das heißt Leon und Ahmed, unterstützt von uns als Komitee gegen dieses Verbot vor. Weil Duisburg ein Recht auf Palästina-solidarität hat und wir es als unsere Pflicht sehen.

**Rote Post:**

Wie sind die Aussichten auf eine Aufhebung des Verbots und was sind die Konsequenzen sollte das Verbot Bestand haben?

**Sylvia:**

Die Verbotsverfügung ist, wie erwähnt, juristisch extrem dünn und noch dazu schlampig erarbeitet. Wir und die Anwältin sind überzeugt, dass das Verbot im Gegensatz zu PSDU nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Deswegen sind wir optimistisch, dass die Betroffenen das Verfahren gewinnen können.

Kurz zum Juristischen, das Hauptsacheverfahren wird mehrere Jahre dauern, deswegen wurde zugleich ein

Eilverfahren angestoßen. Wenn dieses Eilverfahren gewonnen wird, würde das eine Re-Legalisierung bis zum Urteil im Hauptverfahren bedeuten und wäre ein großer Sieg für die gesamte Bewegung.

Dass das Innenministerium das Eilverfahren aktuell verschleppt sehen wir als Zeichen, dass sie sich darüber im Klaren sind, dass sie sich auf dünnem Eis bewegen. Falls das Eilverfahren, jedoch in allen Instanzen scheitert, ist fast sicher davon auszugehen, dass weitere Verbote gegen palästinasolidarische Gruppen folgen werden.

Das PSDU-Verbot, das ja ohne jeglichen strafrechtlichen Vorwurf auskommt und komplett politisch argumentiert ist, ist eine Blaupause, um nahezu alle pro-palästinensischen Gruppen in Deutschland zu verbieten. Darin liegt die Bedeutung für alle Aktiven in ganz Deutschland. Für Duisburg würde ein Verbotsbestand das oben erwähnte Palästina-Verbot auf unabsehbare Zeit festschreiben.

**Rote Post:**

Wie kann man euch unterstützen?

Zuallererst ist es wichtig die Palästinaarbeit weiterzumachen und sich nicht einschüchtern und spalten zulassen. Des Weiteren ist es wichtig Öffentlichkeit gegen das Verbot zu schaffen. Dazu kann man zum Beispiel das Komitee zu Versammlungen und Veranstaltungen einladen, die Inhalte des Komitees verbreiten, Spenden sammeln und politischen Druck auf der Straße machen. Weitere und aktuelle Informationen findet man auf der Seite des Komitees gegen das Verbot von PSDU:

[www.psd-verbatim.info](http://www.psd-verbatim.info)



## DEUTSCHLAND AUF KRIEGSKURS

Über zwei Jahre ist es her, seit der russische Imperialismus in die Ukraine einmarschiert ist und der Pate von Hamburg, Bundeskanzler Olaf Scholz, die militärpolitische Zeitenwende für den deutschen Imperialismus verkündet hat. Im gleichen Atemzug wurde seinerzeit das 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr vorangebracht, mit der die Militarisierung des deutschen Imperialismus entwickelt werden sollte.

100 Milliarden Euro, welche inmitten der Wirtschaftskrise aufgebracht wurden, während die Sozialausgaben kontinuierlich gekürzt werden. Bundesländer und Kommunen werden in dieser „Logik“ gezwungen öffentliche Infrastruktur wie Bürger- und Ausländerämter verkümmern zu lassen und den Betrieb kultureller Einrichtungen einzustellen. Wie wichtig die Militarisierung für die Herrschenden ist, lässt sich auch daran bemessen, dass verschiedene Wirtschaftsverbände ihrerseits Sondervermögen für die Handhabung der Krise forderten und bei der Regierung auf taube Ohren stießen, weil die militärische Aufrüstung und Durchsetzungsfähigkeit für den deutschen Imperialismus in Zukunft einfach eine entscheidende Rolle spielt. Scholz, Baerbock und Co. wissen, dass sie ihre Interessen in Zukunft mit Panzern, Kampfjets und Drohnen durchsetzen müssen.

Für was das 100 Milliarden Sondervermögen eigentlich ausgegeben wird, wurde nicht bekannt gegeben. Das Verteidigungsministerium hat dazu keine Zahlen veröffentlicht. Eine Aufstellung basierend auf (halb-)öffentlichen Zahlen zeigt: Über 28 Milliarden Euro fließen in die Luftwaffe, 16 Milliarden in die Digitalisierung und 13 Milliarden müssen wiederum für Zinsen, Steuern und Schuldentilgung berappelt werden. Sieben Milliarden werden für das Heer ausgegeben und die Marine muss sich bislang mit „lediglich“ 100 Millionen Euro begnügen. Weitere knapp drei Milliarden sind für sonstige Projekte veranschlagt und zu dem Verwendungszweck der restlichen 32 Milliarden Euro wurden bislang keine Angaben veröffentlicht.

Die Digitalisierung dient u.a. auch dazu, die Bundeswehr etwas weniger abhängig von ihren imperialistischen Bündnispartnern wie den USA zu machen. Mit 2,6 Milliarden wird viel Geld in die Hand genommen, um die Operationsführung der Teilstreitkräfte zu digitalisieren. Damit soll die Kommunikation von Luftwaffe, Heer und Marine in einem Informationssystem unter einer Führung vereinheitlicht werden um eine kombinierte Planung, Führung und Koordination der Teilstreitkräfte zu ermöglichen. Damit zukünftig auch in den Einheiten besser kommuniziert und Informationen gesammelt werden können, werden bis zum Jahr 2030 8,6 Milliarden für die Digitalisierung von landbasierten Operationen ausgegeben. Dazu schießt die BRD gleich zwei Militärsatelliten ins All, um sich in Zukunft mehr auf eigene Informationen verlassen zu können.

Was die Beschaffung konkreter Waffensysteme angeht, so geht Kriegsminister Pistorius vor allem den Weg der Not. Um zu gewährleisten, dass Deutschland im Wettüben der Imperialisten mitgehen kann werden die Prioritäten auf besonders dringende Probleme gesetzt. So werden zum Beispiel 85 veraltete Tornado-Kampfbomber mit 35 Stück F35-Mehrzweckkampfflugzeugen aus den USA ersetzt. Das bedeutet, dass die Luftflotte des deutschen Imperialismus um 50 reduziert wird, aber dafür moderner ist. Dies zeigt auch die Begrenzungen der deutschen Imperialismus auf.

*Zerstörte deutsche Militär-Hightech ...*



Doch das Sondervermögen ist nur eine Seite der verkündeten „Zeitenwende“. Die Militarisierung Deutschlands heißt vor allem für die unterdrückten Nationen auf der Welt mehr Blut und Ausbeutung durch deutsche Hände.

Von Juni bis August trainierte die deutsche Luftwaffe zusammen mit französischen und spanischen Streitkräften an einer weltumspannenden Verlegungsübung „Pacific Skies“ in der auf vier Kontinenten von Australien bis nach Alaska der länderübergreifende Einsatz von Luftstreitkräften geübt wurde. Deutschland nahm dabei mit den meisten teilnehmenden Flugzeugen eine führende Rolle ein. Auch wenn diese Übungen zusammen mit anderen Imperialisten und den Lakaienregierungen von zahlreichen Halbkolonien stattfinden, ist das militärische Engagement Deutschlands im Kontext seines Bestrebens zu sehen eine imperialistische Supermacht zu werden.

Während seiner „Indo-Pazifik Reise“ im August sicherte Kriegsminister Boris Pistorius unter anderem zu, dass die Bundeswehr in Zukunft Teil der sogenannten „United Nations Command“ wird. Dem Militäreinsatz der Vereinten Nationen, der den „Waffenstillstand“ auf der koreanischen Halbinsel zwischen Südkorea und Nordkorea sicherstellen soll. Damit reagiert der deutsche Imperialismus nicht nur auf die Annäherung und militärische Zusammenarbeit Nordkoreas mit dem russischen Imperialismus, sondern schafft sich auch eigene Vorwände im Fahrwasser der US-Imperialisten eigene Interessen im Indo-Pazifik zu verfolgen. Pistorius drückt dieses Vorhaben wie folgt aus: *„Wir müssen uns an unterschied-*

*... nicht Waffen, sondern Menschen sind kriegsentscheidend!*



*lichen Orten dieser Welt – in Europa genauso wie hier im Indo-Pazifik – mit Provokationen und der Bedrohung von Aggressoren auseinandersetzen. Das macht es umso wichtiger, dass diejenigen, die für die regelbasierte internationale Ordnung eintreten, zusammenhalten.“*

„Regelbasierte Weltordnung“ ist dabei alles, was den Interessen Deutschlands dient, während „Provokationen“ und „Bedrohungen“ von „Aggressoren“ alles ist was diesen Interessen widersprechen könnte. In den Gewässern rund um die Philippinen finden seit geraumer Zeit militärische Provokationen des chinesischen Sozialimperialismus statt. Dabei beansprucht China Meeresteile, welche entweder als internationale oder philippinische gelten. Auf seiner Reise nahm Pistorius das zum Anlass für eine neu beschlossene Militärkooperation mit den Philippinen, bei der es unter anderem um Zusammenarbeit in der Marineverteidigung und Luftabwehr gehen soll.

Die mit Pistorius reisende christdemokratische Obfrau des deutschen Verteidigungsausschusses machte dabei klar, wie das deutsche „Engagement“ auszusehen hat: *„Es geht uns auch um den Erhalt der regelbasierten Ordnung, der hier gerade durch die Chinesen infrage gestellt wird“.* Um den „Chinesen“ das auch wirklich deutlich zu machen, schickt der deutsche Imperialismus in den kommenden Wochen dafür sogar eine Fregatte samt Versorgungsschiff durch Gebiete in denen China offensiv agiert.

Neben dem interimperialistischen Kampf mit China, ging es bei dem deutsch-philippinischen Militärabkommen auch um den Ausbau von Rüstungsprojekten, der Ausbildung und Training von Soldaten und Cybersicherheit. Was Deutschland auch zum Beteiligten gegen den Volkskrieg auf den Philippinen macht. Dabei wendet die alte philippinische Armee immer wieder auch Kriegsverbrechen, Massaker und extra-legale Hinrichtungen an, um gegen den bewaffneten Kampf im eigenen Land vorzugehen. Erst am 29. Juli wurden vier Bauern in der Region „Central Luzon“ unter falschen Vorwänden festgenommen und gefoltert. Am gleichen Tag wurde im Süden der Negros-Insel ein weiterer Bauer von Spezialeinheiten der alten philippinischen Armee erst gefoltert und dann hingerichtet. „Regelbasierte Weltordnung“, das bedeutet auch revolutionäre Bewegungen und Volksaufstände niederzumetzeln damit deutsche Monopole in „Ruhe und Frieden“ besser ausbeuten können. •

## BENACHTEILIGUNG VON FRAUEN IM GESUNDHEITSSYSTEM

„Der Umsturz des Mutterrechts war die *weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts*. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau [...] ist allmählich beschönigt und verheuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs.“

**D**iese Feststellung von Friedrich Engels bestätigt sich auch in der Medizin: Der männliche Körper wird allgemein als Norm im Gesundheitssystem angesehen. Daraus leiten sich einige Probleme für Frauen ab, die wir hier aufzeigen wollen.

Frauen sind heute im Allgemeinen kleiner als Männer, haben einen langsameren Stoffwechsel, mehr Fettgewebe und eine geringere Muskelmasse – eine direkte Auswirkung der von Engels dargestellten Unterdrückung der Frau. Außerdem haben sie andere Zellen und Hormone, die einen maßgeblichen Einfluss auf den Körper haben. Der langsamere Stoffwechsel ist Grund dafür, dass Frauen schneller kalt ist, neben der dünneren Haut und der geringeren Muskelmasse. Die Raumtemperaturen in öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz sind auf den männlichen Körper ausgerichtet und für Frauen somit im Durchschnitt 5° zu kalt. Das kann sich auf Dauer negativ auf ihre Gesundheit auswirken. Auch in der Architektur werden die Bedürfnisse der Frauen nicht berücksichtigt, wenn es um öffentliche Toiletten geht. Frauen müssen im Durchschnitt häufiger zur Toilette und brauchen dafür länger als Männer, auch weil sie öfter in Begleitung von Kindern sind. Die Räume für Frauen- und Männertoiletten sind zwar gleich groß, aber Urinale nehmen weniger Platz ein als Sitztoiletten, deswegen können bei den Männern mehr Personen gleichzeitig eine Toilette nutzen. So kommt es zu den langen Schlangen, die wir alle kennen.

Durch ihre dünnere Haut und die geringere Körpermasse reagieren Frauen sensibler auf Kontakt mit Chemikalien. Gleichzeitig arbeiten sie öfter in Branchen, in denen diese eine Rolle spielen, wie z.B. in der Gebäudereinigung, Wäschereien, Nagelstudios oder beim Friseur. Viele der Stoffe, die in Nagelstudios

zum Einsatz kommen, werden in Verbindung mit schweren Lungenerkrankungen und Krebs gebracht. Die getestete „maximal verträgliche“ Dosis dieser Giftstoffe wurde aber am männlichen Körper getestet. Diese falsche Dosierung von Stoffen spielt auch bei Medikamenten eine Rolle. Diese wurden jahrzehntelang nur an Männern getestet und sind jetzt trotzdem für jeden erhältlich. Wie z.B. das Herzmedikament Digoxin, das für Frauen mit einem erhöhten Sterblichkeitsrisiko verbunden ist, aber trotzdem weiter genutzt wird. Die Begründung dafür, dass die geschlechterspezifischen körperlichen Unterschiede in der Pharmazie nicht berücksichtigt werden, ist immer *„der kompliziertere Körper der Frauen“* (Zyklus, etwaige Schwangerschaft oder hormonelle Verhütungsmethoden, die Menopause u.ä.). Dies zu berücksichtigen, wäre *„aufwendig und teuer“* – das heißt, der Profit ist wichtiger als das Leben der Frauen. Aus demselben Grund finden auch Themen wie die Menopause, Krankheiten bzw. Syndrome wie Endometriose (laut WHO ist jede zehnte adulte Frau betroffen) oder das prämenstruelle Syndrom (48-90% betroffen) in der Forschung wenig Beachtung. Es ist ebenso ungeklärt, weshalb die Brustkrebsrate in den letzten Jahren so signifikant angestiegen ist. Bei einigen Frauen äußern sich Menstruationsbeschwerden so stark, dass sie eigentlich zumindest für einen oder zwei Tage im Monat nicht arbeitsfähig wären.

Grundsätzlich werden Frauen beim Arzt weniger ernst genommen und bekommen zwei bis drei Mal häufiger Psychopharmaka verschrieben, selbst bei schweren Erkrankungen, wie einem Herzinfarkt. Hier bekommen Frauen öfter alte Kombipräparate mit „hohem Beruhigungsanteil“. Das liegt u.a. daran, dass sich die weiblichen Symptome eines Herzinfarkts signifikant von den Symptomen eines Mannes bei einem Herzinfarkt unterscheiden. Frauen haben bei

einem Herzinfarkt mehr Bauchbeschwerden, die oft als „psychovegetativ“ fehlgedeutet werden. Das erhöht das Sterblichkeitsrisiko von Frauen bei einem Herzinfarkt erheblich, weil Frauen im Schnitt 2 Stunden später in die Notaufnahme kommen.

Die Antibabypille hat bekanntermaßen mehr oder weniger starke Nebenwirkungen. Stimmungsschwankungen, Kopfschmerzen oder Gewichtszunahme, aber auch Thrombosen oder Schlaganfälle sind solche Nebenwirkungen. Das ist etwas, was Frauen nach Auffassung der Herrschenden einfach so hinnehmen sollen. Die Nebenwirkungen hormoneller Verhütungsmethoden für Männer, die denen der Pille sehr ähneln, seien hingegen nicht tragbar, heißt es.

In den vergangenen 15 Jahren sind rund 25 Prozent aller Geburtsstationen geschlossen worden, „weil es an Personal fehlt“. Dadurch sind hochschwängere Frauen z.T. mit langen Anfahrtswegen zur Klinik konfrontiert. Abtreibungen gilt weiterhin als Straftat, auch wenn sie unter bestimmten Umständen straffrei ist. Dass eine Abtreibung heute einfacher möglich ist, ändert nichts daran, dass die Durchführung im Medizinstudium kaum gelehrt wird und es somit zu wenig Ärzte gibt, die das durchführen können. Bestimmte Methoden werden tatsächlich anhand von Papayas gezeigt. Die Zahl der Kliniken, die Abtreibungen anbieten, hat sich seit 2003 halbiert. Oft wird auch nur operiert, wenn kriminologische oder gesundheitliche Gründe vorliegen. Die Wahrheit, dass der Imperialismus Reaktion auf ganzer Linie bedeutet, bestätigt sich: Die kirchlichen Träger bekämpfen – leider erfolgreich – jeden Fortschritt der Frauenbewegung.

Auch „Schönheits“-OPs gefährden die Gesundheit von Frauen. Diese haben sich weltweit von 2010 bis 2021 mehr als verdoppelt, wobei die BRD ganz

vorne mit dabei ist. Komplikationen wie Infektionen, Schädigungen von Nerven oder Narkosezwischenfälle sind das eine, tausende Euro Kosten das andere. Die ständig entsprechend des Profit-Hungers der Modeindustrie wechselnden „Schönheitsideale“ haben auch andere Auswirkungen. Jedes dritte Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren hat Symptome einer Essstörung. Magersucht gilt dabei als besonders gefährlich: 10-15% der Betroffenen sterben daran.

Frauen haben eine 47% höhere Wahrscheinlichkeit bei einem Autounfall eine schwere Verletzung zu erleiden, eine 71% höhere Wahrscheinlichkeit für eine leichte Verletzung und eine 17% höhere Wahrscheinlichkeit bei einem Autounfall zu sterben. Das liegt daran, dass Autos nicht für weibliche Körper gebaut werden (u.a. im Hinblick auf Größenverhältnisse, Abstände, Federung usw.) und für die Autounfalltests i.d.R. männliche Dummies genutzt werden. Eine Pflicht für die Nutzung weiblicher Dummies gibt es erst seit 2015, das sind aber auch nur kleinere männliche Dummies, die auch nur auf dem Beifahrersitz sitzen, nicht am Steuer. Es gibt bis heute keine geeigneten Sicherheitsgurte für Schwangere. Autounfälle sind Hauptgrund für fetale Todesfälle.

Wenn wir einen Blick in andere Länder werfen, besonders in Länder der dritten Welt, so sind diese Ungleichheiten bei der gesundheitlichen Situation der Frauen noch viel dramatischer, beispielsweise beim Thema Muttersterblichkeit oder Geburtskomplikationen. Aber nur weil sie hier beschönigt, verheuchelt und stellenweise in mildere Form gekleidet worden sind, heißt es nicht, dass solch untragbare Zustände nicht auch in Deutschland bestünden und sie werden weiter bestehen, solange die Ursache, das Privateigentum an Produktionsmitteln, weiter besteht. •





Internationales Sommerlager 2024, Belgien.  
*Vorwärts im Aufbau der Antimperialistischen Liga!*

Quelle: Red Herald



## BRUTALER ANGRIFF AUF DAS PALÄSTINA-CAMP



**W**ie an verschiedenen Universitäten international und auch hier in der BRD, wird in der Nähe der Universität Hamburg seit einigen Monaten ein Protestcamp gegen den Völkermord am Volk Palästinas organisiert. Es ist ein Ausdruck der gerechtfertigten und notwendigen Solidarität mit dem tapferen, antiimperialistischen Kampf des Volkes Palästinas gegen die israelische Besatzung und ihre finsternen, völkermörderischen Absichten. Wie in anderen Städten auch kam es in Hamburg nun ebenfalls zu einem brutalen Angriff auf das „Pali-Camp“.

Das Camp an der Moorweide erlitt in den vergangenen Monaten bereits vermehrt Schikane von Seiten der Hamburger Polizei, welche sich nun entschloss, das Camp und dessen Teilnehmer auf direktem Wege anzugreifen.

Fadenscheiniger Grund für das übertriebene Polizeiaufgebot am 10. August, welches diese Attacke ausführte, war eine angebliche körperliche Auseinandersetzung zwischen zwei Besuchern des Camps. Dieser Konflikt wird jedoch von den betroffenen Personen und umstehenden Zeugen abgestritten und die Notwendigkeit jedweder Polizeipräsenz verneint. Nichtsdestotrotz ließ sich die Polizei die Gelegenheit nicht nehmen und veranstaltete einen regelrechten Überfall auf die

anwesenden Teilnehmer des Camps, zur „Identitätsfeststellung“.

Ein Video, welches *Students for Palestine – Hamburg* auf Instagram teilte, zeigt die Szene eindeutig: mittels brutalem Einsatz körperlicher Gewalt sowie Pfefferspray sorgten unsere „Freunde und Helfer“ in Blau dafür, dass drei Personen verletzt am Boden lagen – zwei davon regungslos, ein weiterer durch einen Krampfanfall zuckend. Hinzu kommen noch diejenigen, die von den Beamten höchstpersönlich auf den Boden gedrückt werden mussten. Offenbar schafften sie es nicht, diese auch noch bewusstlos zu schlagen. Vor lauter Polizisten – mehr als 40 (!) – fällt es einem teilweise schwer, die Menschen am Boden überhaupt zu sehen – wenn man sie aber sieht, kann man nicht anders als entsetzt und voller Klassenhass zu sein. Was man ebenso zu sehen bekommt, sind lachende Polizisten und wie einem bewusstlosen Opfer sogar der Puls gemessen wird, weil es offenbar unklar war, ob die Person überhaupt noch am Leben ist. Widerlich!

Was diese Leute verbochen haben? Ganz einfach: sie wollten nicht mit der Polizei reden, sie machten Gebrauch von einem sogenannten „Grundrecht“. Manche wollten nicht nur nicht mit den Polizisten reden, sie *konnten* es nicht einmal, da sie aus Gaza flüchteten und kein Wort Deutsch sprechen.

Ein Dolmetscher wurde ihnen nicht bereitgestellt, auch wenn sie erst gar keinen bräuchten, wenn ihre angeblich existierenden demokratischen Rechte respektiert werden würden. Unter den weiteren Festgenommenen und Verletzten befindet sich auch ein Minderjähriger, der die Nacht in stationärer Behandlung verbringen musste, sowie eine schwarze Muslima mit Asthma. Ihr wurde erst die Hijab vom Kopf gerissen, dann wurde sie per Bullen-Knie bewusstlos gewürgt.

Diese schamlose Attacke gegen das Hamburger Palästina-Camp ist zwar brutal, wirklich überrascht ist aber wohl kaum jemand. Am wenigsten die Veranstalter selbst, welche nur kurze Zeit vorher mit 21 der sich für allmächtig haltenden Verteidiger der deutschen Staatsräson zu tun hatten, die mit diesem zahlreichen Aufgebot gekommen waren, um ein einziges Graffiti-Banner aus Frischhaltefolie zu entfernen.

Aber auch im Rest der Bundesrepublik sieht es nicht anders aus. Nur rund eine Woche vor diesem Angriff machte ein Brandanschlag gegen ein Palästina-Camp an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) Schlagzeilen. Der 26-jährige Angreifer hat dort gezielt Schilder, Transparente und Fahnen angezündet und es liegt nahe, dass er ein Überlaufen des Feuers auf die Zelte und Pavillons in Kauf nahm.

Zahlreiche Protestcamps wurden in den vergangenen Monaten verboten und anschließend polizeilich geräumt, wie in Berlin, Leipzig oder Bonn. Dazu kommen noch Verbote von palästinasolidarischen Organisationen wie Samidoun oder zuletzt die Palästina Solidarität Duisburg (PSDU). Das ist nur die Spitze der andauernden Repression gegen Palästinasolidarität und die antiimperialistische Bewegung.

Wir haben in vergangenen Ausgaben bereits viel über diese Welle an Repression berichtet, genauso über den eklatanten antimuslimischen Chauvinismus im Allgemeinen, der besonders seit dem 7. Oktober rasant entwickelt wird. Sie dienen der zunehmenden und gezielten Spaltung des Volkes. Darunter fällt auch die Repression gegen die „Blaue Moschee“, Zentrum

der in Deutschland lebenden schiitischen Muslime. Nachdem das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) bereits mit Hausdurchsuchungen Ende letzten Jahres zu tun hatte, erhob der deutsche Imperialismus seinen Kampf gegen das IZH mit Vereinsverbot und Vermögensbeschlagnahme, inklusive der Blauen Moschee selbst, auf eine neue Stufe.

Wie wir sehen, verschärft sich die Lage. Die Widersprüche spitzen sich zu. Die Repression gegen jeden, der konsequent auf dem Standpunkt der Palästinasolidarität und des Antiimperialismus beharrt, sich dessen einfach nur verdächtig macht oder den Herrschenden sonstwie ein Dorn im Auge ist, ist auf einem Höhepunkt.

Die Spaltung der Massen und die Reaktionsierung des bürgerlichen Staates, der seine eigene Verfassung mittlerweile – egal ob es um Meinungs-, Versammlungs-, Religions-, Pressefreiheit oder um die Schuldenbremse geht – als höchst störend empfindet, ist ebenfalls auf einem Höhepunkt. Das ist das Resultat, wenn sich die Völker der Welt immer mehr gegen den Imperialismus auflehnen, weil ihre Situation immer unerträglicher wird. Und nur das kann die Lösung und der Weg vorwärts sein: **Solidarität mit dem Kampf des Volkes Palästinas bedeutet die Reihen zu schließen gegen den Imperialismus!**



*Der Rote Bund auf einer Kundgebung für Georges Abdallah und in Solidarität mit dem Kampf des Volkes Palästinas in Hamburg St. Georg im April diesen Jahres*

Das ist, was jetzt dringend erforderlich ist gegen den deutschen Imperialismus und seinen Staat, gegen seine Verbündeten und seine Lakaien, die den Völkern der Welt nur Übles antun, die im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ Bomben werfen. •

## HAUSHALTSSPERRE24



*Stillstand an der gefluteten Oberschule Borchshöhe*

**I**n Bremen ist mal wieder angeblich das Geld alle. Nur einen Monat nach Beschluss des Haushalts für das Jahr 2024 haben drei Ressorts schon sogenannte Haushaltssperren verhängt, d.h. dass zusätzliche Ausgaben (außerhalb des Haushalts) nur noch in absoluten Ausnahmefällen möglich sind. Unglücklicherweise sind die ersten betroffenen Ressorts auch noch die Sozial- und die Bildungsbehörde, d.h. die, deren Gelder besonders für die ärmsten Familien des Volkes kurzfristig etwas entscheiden könnten. Das dritte – das Umweltressort – schloss sich etwas später an.

Bildungssenator(in) in Bremen ist spätestens seit der Amtszeit des kürzlich gestorbenen Werder-Präsidenten und SPD-Karrieristen Willi Lemke der unbeliebteste Posten im ganzen Bundesland. Aktuell hat Sascha Aulepp (wie immer – SPD) dieses Amt inne. Ihre Behörde soll sich mehrmals kräftig verrechnet haben. Unter anderem in Frage der Energiekosten für Bremer Schulen und Kitas. Lagen diese 2023 noch bei 14,5 Millionen Euro, wurden für 2024 im Haushalt nur 5,9 Millionen für Gas, Heizöl und Strom vorgesehen. Dabei wurden sogar bis Ende Mai, einen Monat vor Abschluss des Haushalts, 8,3 Millionen dafür ausgegeben. Für den Haushalt sei man laut Behörde wohl einfach von „deutlich sinkenden Energiepreisen ausgegangen“. So dumm aber kann selbst

die Bremer Bildungsbehörde nicht sein. Vielmehr zeigt diese Tatsache, dass es gar keine Aussichten gab und gibt, das notwendige Geld auf normalem Wege zu bekommen. Anders gesagt: Der Staat ist nicht bereit, für die Energieversorgung unserer Schulen und Kitas aufzukommen! Das ist eben nicht nur ein Problem der überall verspotteten sozialdemokratischen Landesregierung, sondern ein Problem, dass der deutsche Imperialismus im ärmsten Bundesland bewusst zulässt. Das fehlende Geld solle nun aus Notlagenmitteln finanziert werden – Corona, Klimawandel, Ukraine – also Steuertöpfe, die das Volk gefüllt hat und für die es zum Teil noch weiter blechen muss.

Der nächste Rechenfehler gelingt dem Bildungsressort praktisch noch im selben Atemzuge. Zwei Wochen nach Verhängen der Haushaltssperren wurde in den Lokalmedien bekannt, dass das Loch im Bremer Bildungshaushalt nur 45 Millionen statt 150 Millionen Euro betragen solle. Zu dem Zeitpunkt hatte die CDU schon längst ein Misstrauensvotum gegen Aulepp beantragt. In diesem konnte sie sich Mitte August behaupten, weil sich die amtierende rot-rot-grüne Version der Jahrzehnte alten, faulen sozialdemokratischen Bremer Regierungsclique geschlossen hinter ihr schwarzes Schaf stellte. Bürgermeister Bovenschulte (SPD) konnte entsprechend ruhig und

arrogant kommentieren, bei dem Misstrauensvotum handele es sich um „klassisches Sommertheater“. Ob er die Situation in den Bremer Schulen und Kitas wohl auch so bezeichnen würde? In Bremen-Nord an der Oberschule Borchshöhe haben die Sommerferien jedenfalls ein großes Chaos zurückgelassen. Aufgrund eines Wasserschadens zu Beginn der Ferien kann der Unterricht dort auf unbegrenzte Zeit nicht mehr stattfinden. Deckenplatten und besonders der Fußboden wurden von Abwasser samt Fäkalien überschwemmt und müssen komplett ausgetauscht werden, sobald der Rest des „Gebäudes“ gereinigt ist. Das könnte dauern; E. Coli Bakterien sollen sich in den Räumlichkeiten ausgebreitet haben. Wer weiß, ob das geschätzte Loch im Bildungshaushalt nicht doch etwas höher angesetzt werden sollte. Wer weiß, wann der neue Boden bezahlt werden kann, wer ihn bezahlt – denn es gibt ja die Haushaltssperre.

Zumindest den Wasserschaden selbst kann man nicht der Politik zuschreiben. Oder doch? Das Schulgebäude ist kein herkömmliches – die Oberschule Borchshöhe ist eine Containerschule. Die billigen und flexiblen Klotzbauten sind nicht unbedingt für optimale Bauqualität bekannt. Da kann man die Landesregierung nun fragen, ob es denn nicht genügend Raum in Bremen für Schulunterricht gibt. Aber Container sind eben pragmatisch. Das ist der ganze „Fortschritt“ des Imperialismus – mehr Menschen in Armut, mehr Schüler in Containern, mehr Kinder ohne Betreuung, aber die Autos werden dicker und die Handykameras schärfer. Unser Leben macht das nicht besser. Die Schüler und Lehrkräfte der Oberschule Borchshöhe müssen folglich erstmal umziehen; es geht fünf Kilometer nach Westen, kein geringer Aufwand, zur gerade fertiggestellten Oberschule Bremen-Blumenthal – selbstverständlich ein einziger Container-Komplex –, wo im Zwei-Schicht-System unterrichtet wird. In Bremen-Nord wird seit mehreren Jahren konzeptlos eine nach der anderen vergleichsweise kleine Schule aus dem Boden gestampft. Das Schichtsystem ergibt für die Schüler 2 ½ Stunden Unterricht am Tag, dazu ein bisschen Online-Unterricht an Tablets, die man aus der Brühe im Containerbau gezogen hat. Es soll auch schon der Vorschlag gemacht worden sein, eine Stunde Busfahrt bis zum nächsten richtig „freien“ Schulgebäude in Kauf zu nehmen, damit die Schüler von der Borchshöhe einen „richtigen Ersatz“ haben. Im Angesicht der Haushaltssperre scheint jede noch so schlechte Notlösung möglich. Fakt ist, dass hier wieder besonders unserer Klasse das Recht auf



*Aulepp*

gleiche Bildung verwehrt wird und die Bourgeoisie dafür sorgt, dass Massen an Arbeitskräften, die nicht anders können, als sich in harten und geistig wenig anspruchsvollen Berufen ausbeuten zu lassen, herangezogen werden.

Auch wenn die Geldprobleme in den Bremer Bildungs- und Sozialbehörden hauptsächlich vonseiten des Bundes verursacht werden, der Art und Weise, wie Steuergelder verteilt werden, und welche Sachen Priorität haben und welche nicht, trägt die Bremer Regierungsklique natürlich auch Mitschuld an der Situation und bereichert sich, wo sie kann, selber. 2021 war bekannt geworden, dass in der Bildungsbehörde Schwarze Kassen geführt wurden. Die Behörde hatte dem Verein Stadtteilschule sowie dem Martinsclub offizielle Unterstützungen jeweils um mehrere Millionensummen aufgebläht, welche diese auf Vereinskonten horteten. So schuf sich die Bildungsbehörde eine „stille Reserve“ bei den Vereinen – illegal, aber sicherlich lukrativ für die ein oder andere Person in der Behörde. Die damalige Bildungssenatorin Bogedan (ja, auch SPD) trat 2021 aus angeblich „privaten Gründen“ zurück. Das nächste Ressort mit Haushaltssperre hat auch erst kürzlich einen jahrelangen Betrug gestehen müssen: Mitarbeiter der Sozialbehörde sollen in den vergangenen Jahren um die 30 Personen auf dem Papier erfunden haben, um deren Sozialleistungen in Höhe von ca. 418.000 Euro auf externe Konten zu überführen. Natürlich will von den Verantwortlichen niemand etwas davon gewusst haben.

Die Haushaltssperre im Bildungsressort hat weitreichende Folgen: an den Hochschulen werden Tutoren nicht mehr bezahlt und keine neuen Lehrkräfte eingestellt, die Schulen haben kein Budget mehr, nicht einmal für die Erstausrüstung von ersten Klassen. Für die Kinder, die Jugend, die Lehrkräfte geht es absehbar weiter den Bach runter. •

## GEFÄHRLICHER BADESPASS

UNGEWÖHNLICHE DEFINITION DES BERLINER SENATS VON „SICHERHEIT IM WASSER“



**W**enn die Hitze unerträglich wird und zwischen den Häusern kein Lüftchen weht, dann versschlägt es die Menschen aus der Hauptstadt oft an einen der unzähligen Badeseen in Berlin. Doch die schnelle Abkühlung kann auch tödliche Gefahren bergen. Am 8. August teilte die Deutsche-Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) bei einer Pressekonferenz mit, dass die Anzahl der tödlich verunglückten Menschen aktuell besorgniserregend hoch ist.

Im gesamten Bundesgebiet sind in diesem Jahr bereits über 250 Menschen beim Baden ertrunken. Acht davon in Berlin. Das sind zwei Badetote weniger als im gleichen Zeitraum im Vorjahr, doch die Tendenz in den letzten Jahren ist steigend. Oft sind Nichtschwimmer oder unsichere Schwimmer betroffen. Parallel dazu wurden Zahlen veröffentlicht, die besagen, dass jedes vierte Kind in Berlin nicht schwimmen kann.

Vier der tödlichen Badeunfälle ereigneten sich in Flüssen. Spree, Havel und Co. waren bisher die gefährlichsten Gewässer. Sieben der acht Badetoten waren Männer. Vier der Ertrunkenen waren jünger als 35 Jahre, eine Person starb im Rentenalter. Für

drei Todesopfer lagen keine Altersangaben vor. Sechs Menschen ertranken zwischen Mai und Juli, zwei Badende starben im Februar und März.

Die Gründe für die Badeunfälle sind laut der DLRG vielfältig: Von Übermut und Selbstüberschätzung der Fähigkeiten, ignorieren von Warnhinweisen, hin zu Unwissenheit über die Gegebenheiten unter Wasser, wie Fahrrinnen, Strömungen oder andere Hindernisse, oder plötzlichen Kreislaufproblemen, aufgrund der schnellen Temperaturwechsel von Hitze zu kühlem Wasser. Was zudem ein großes Problem ist, ist dass oft Nichtschwimmer oder Menschen, die nicht gut schwimmen, schnell in Not geraten. Laut einem Sprecher der DLRG sind alle Badetoten vermeidbar. Als vorbeugende Maßnahme sollten Schwimmkurse besucht werden. Doch hier liegt der Knackpunkt.

Dass es in Berlin immer mehr Nichtschwimmer gibt, ist keine Neuigkeit. Unter Berliner Drittklässlern stagniert die Zahl der Nichtschwimmer bei 25 Prozent. Dass es fatale Folgen haben kann, wenn Menschen, insbesondere Kinder, nicht schwimmen können, sollte klar sein. Erst am 20. Juli wurde ein etwa sechs Jahre altes Mädchen, das um ein Haar im Tegeler See ertrunken wäre, von einem

Rettungsschwimmer wieder an die Wasseroberfläche geholt.

Nun wurden seit Beginn der Sommerferien kostenlose Intensivkurse für Kinder und Jugendliche angeboten. Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch zieht, für sich, ein positives Fazit: Die Nichtschwimmerquote wurde schon auf ganze 24 (!) Prozent gedrückt. Die Kurse waren wohl schnell ausgebucht und die Wartelisten sind voll.

Dass der Bedarf da ist, ist klar ersichtlich. Theoretisch können die Kinder die gesamten Sommerferien lang an den Kursen teilnehmen. Praktisch stellt sich aber die Frage, wie das gehen soll, wenn die Kurse und Wartelisten voll sind. Ein Folgeangebot, etwa für Kinder, die kein Abzeichen bekommen haben oder bislang nicht gut schwimmen, ist laut der Senatorin nicht geplant.

Die Senatsverwaltung geht erstmal davon aus, dass im kommenden Schuljahr die Wasserzeiten für alle Schüler gesichert seien. Die Richtigkeit, also die tatsächliche Umsetzbarkeit dieser Aussage ist jedoch fraglich, wenn es wenig ausgebildete Schwimmtrainer gibt (nicht jeder Sportlehrer ist Schwimmtrainer, und der generelle Lehrermangel hilft dabei auch nicht), die die Kinder während des Schwimmunterrichts in der Schule betreuen, oder die Schwimmbäder für die Schulen nicht in erreichbarer Nähe liegen. Denn ein großes Problem auch in Berlin ist, dass es an Wasserfläche mangelt.

Viele Bäder sind geschlossen, um saniert zu werden. Marzahn-Hellersdorf wartet mittlerweile seit Jahrzehnten auf ein eigenes Bad. Dort leben mehr als 280.000 Menschen, der Bezirk hat jedoch bisher kein offizielles Freibad. Im vergangenen Jahr wurde der Bau des Kombibads in die Investitionsplanung aufgenommen. Insgesamt sind 40 Millionen Euro für das Bad eingeplant. Das dürfte für den Neubau allerdings nicht reichen. Zum Vergleich: Beim Kombibad in Pankow, das 2028 eröffnet werden soll, war zuletzt von 75 Millionen Euro Baukosten die Rede.

Es scheint ein schwieriges Thema zu sein, der regelmäßige Schwimmunterricht für alle Kinder in der dritten Klasse. Dafür sollen die Intensivkurse „fester Bestandteil der mittelfristigen Planung“ der Bildungs-senatorin werden. Bis mindestens 2025 sind diese

finanziert, dafür nimmt der Berliner Senat 250.000 bis 300.000 Euro in die Hand.

Aber was machen die Leute, die nicht zu den Glückspilzen gehören und einen Platz ergattern können? Es gibt ja noch die Möglichkeit die Kinder zu einem selbst gezahlten Schwimmkurs der Berliner Bäder Betriebe zu schicken. Sollte man meinen.

Unser Korrespondent hat sich bei Eltern am Badestrand Müggelsee in Köpenick umgehört: Es ist normal, dass man sich für Babyschwimmkurse bereits bei der Geburt des Kindes anmelden muss. Wir erinnern uns, die Wartelisten sind lang. Das Angebot ist sehr begrenzt, Wartezeiten liegen ungefähr bei einem Jahr, wenn man denn überhaupt einen Platz bekommt. Private Anbieter verlangen teilweise Summen von 20 Euro oder mehr für 30 Minuten. Fast doppelt so viel, wie die offiziellen Schwimmkurse der Berliner Bäder Betriebe. Das diese „Privat-Trainer“ dann seriös sind, also Trainingslizenzen haben, ist auch keine Selbstverständlichkeit.

So sind die Zahlen einer Studie aus dem Jahr 2022 nicht verwunderlich: In ärmeren Haushalten gibt es der Umfrage zufolge viel mehr Nichtschwimmer. Die Hälfte (49 Prozent) der Kinder aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.500 Euro kann nicht schwimmen. Hingegen betrifft dies bei einem Haushaltsnettoeinkommen über 4.000 Euro nur zwölf Prozent.

Aber „kein Grund zu verzweifeln“. Die Stadt Berlin investiert „selbstverständlich“ in die Sicherheit der Berliner, besonders im Schwimmbad – nur halt ein bisschen anders als man jetzt vielleicht denken würde.

Anstatt dass sich der Berliner Senat darum kümmert, dass Kinder, und vielleicht auch Erwachsene, schwimmen lernen, um potenziell zu vermeiden, dass es den nächsten Badetoten gibt, bezahlt die Stadt 2,5 Millionen Euro für „Sicherheitsmaßnahmen“ wie erhöhte Zäune, Kameraüberwachung, Sicherheitspersonal und Ausweiskontrollen (nur um das nochmal gegenüber zu stellen: für die Intensivschwimmkurse zahlt die Stadt gerade mal ein Zehntel davon). Vielleicht lässt sich damit auch erklären, weshalb die Stadt so scharf drauf ist, möglichst viele Bäder „für Sanierungen“ zu schließen. •

## MÖRDER ALS GUTE SAMARITER ZU DEN AUFRÄUMARBEITEN NACH DEM UNWETTER IN NORDBADEN

**A**uf der ganzen Welt nehmen aktuell, als eine Folge des Klimawandels, extreme Wetterlagen zu. Besonders betroffen sind von den Auswirkungen die Völker der unterdrückten Nationen, wo viele Menschen nach Erdbeben, Dürren oder Überschwemmungen ihre Lebensgrundlagen verlieren und häufig ohne Hilfe vor verlorenen Existenzen stehen.

Jedoch nehmen auch in Deutschland solche extremen Wetterlagen stark zu. In Baden-Württemberg gab es Anfang August wieder einmal eine solche extreme Wetterlage. In Nordbaden, im Raum Karlsruhe, Gondelsheim, Bruchsal und Bretten gab es durch große Mengen an Regen teils sehr starke Überschwemmungen. Zahlreiche Straßen und Keller wurden überflutet, viele Haushalte wurden evakuiert und in einigen Orten musste der Strom für längere Zeit abgeschaltet werden.

Um die, dem Hochwasser folgenden Zerstörungen zu beseitigen, fanden dann Aufräumarbeiten statt, wobei Keller leergepumpt, Schutt und Schlamm entfernt und unzugängliche Flächen wieder zugänglich gemacht wurden. Dabei packten viele verschiedene Menschen mit an. Es gab eine große Reihe an freiwilligen Helfern, die Feuerwehr und das THW waren aktiv, und auch Soldaten der Bundeswehr waren in Bruchsal vor Ort. Diese Soldaten führten an Ort und Stelle Aufräumarbeiten durch, was ein Teil eines lokalen Inlandseinsatzes aufgrund der akuten Notlage in der Region war.

Der Einsatz in Bruchsal ist dabei auch nicht der einzige Inlandseinsatz der Bundeswehr in den letzten Jahren. Es finden sich eine ganze Reihe ähnlicher Einsätze, bei welchen die Bundeswehr ihre Kasernen verlässt, Sandsäcke stapelt, Wasser abpumpt, große Mengen Schutt in Militärfahrzeugen abtransportiert und kaputte Brücken durch die Errichtung militärischer Behelfsbrücken kompensieren. Im Jahr 2021, als es die große Flutkatastrophe im Ahrtal gab, führte die Bundeswehr einen der größten Inlandseinsätze ihrer Geschichte durch.

Mit circa 2.000 Mann führte die Armee einen zweimonatigen Einsatz in den Bundesländern Rhein-

land-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern durch. Neben der direkten personellen Anzahl waren auch hunderte von Bundeswehrfahrzeugen, Flugmaschinen sowie Boote der Armee im Einsatz. Auch hierbei beteiligte sich die Truppe an der Katastrophenhilfe, wobei sie praktisch und logistisch eine wichtige Rolle spielte. Neben den Einsätzen bei Katastrophenfällen gab es aber in junger Vergangenheit auch eine große militärische Inlandsaktivität unter dem Vorwand der Corona-Pandemie.

Im Zeitraum vom März 2020 bis März 2022 waren über 111.000 Soldaten im Inland im Einsatz. Gerade im Bereich der Logistik übernahm die Armee zu Beginn der Pandemie viele Aufgaben in der Beschaffung und Bereitstellung von Masken und Impfstoffen. Doch auch im täglichen Betrieb von Impf- und Testzentren, der Nachverfolgung von Infektionsketten und auch vereinzelt zur Unterstützung von Pflegeeinrichtungen war die Bundeswehr aktiv.

Bei solchen Einsätzen gibt es verschiedene Regelungen, die es der Armee in bestimmten Situationen ermöglichen, im Inland aktiv zu sein. Für die Durchführung von Einsätzen im Inland muss die Voraussetzung einer konkreten Notlage bestehen. Dies kann dann ein regionaler Katastrophennotstand in einer einzelnen Region, aber auch wie bei den Überflutungen 2021 ein überregionaler Katastrophennotstand, über die Grenzen einzelner Bundesländer und Gemeinden hinaus sein. In den beiden Situationen wird die Armee dann jeweils vom Bundesland oder der Bundesregierung angefordert.

Es gibt noch einen weiteren Bereich, der den Einsatz der Bundeswehr juristisch regelt, und dies ist die sogenannte Amtshilfe, was auch während der Corona-Pandemie die Grundlage für die meisten Einsätze war. Dabei können die jeweiligen Behörden des Bundes und der Länder Hilfe anfordern, um ihre öffentlich-rechtlichen Aufgaben zu erfüllen. Als „dringende Eilhilfe“ darf bei Notfällen ebenfalls die Bundeswehr anrücken. Gleiches gilt, wenn eine „Gefährdung“ des Bestands der Bundesrepublik, heißt eine „Bedrohung“ der Existenz des Bundes oder eines Bundeslands oder aber auch der sogenannten „freiheitlichen demo-

kratischen Grundordnung“ besteht, vermutet oder behauptet wird.

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2012 ist der Einsatz militärischer Mittel der Bundeswehr im Inland in „Ausnahmesituationen katastrophischen Ausmaßes“ zulässig. Dabei sind die Begrenzungen allgemein vage, es wurde aber explizit verboten, auf Demonstrationen zu schießen – was einiges über die bestehenden Absichten verrät.

Auf den ersten Blick wirken solche zivil-militärischen Einsätze dabei wie etwas Gutes. Viele Menschen

Bundeswehr in viele Länder geschickt, um dort die Rebellion der unterdrückten Völker gegen das imperialistische Joch zu bekämpfen.

All diese ungerechten Kriege, die durch den deutschen Imperialismus geführt und angezettelt werden, werden durch die „Hilfseinsätze“ im Inneren legitimiert, denn die Bevölkerung soll mit solchen Militäreinsätzen wie in Nordbaden ein positives Bild von der deutschen Armee bekommen, welches den grundsätzlichen Zweck dieser und die ganze Unterdrückung, welche diese Armee jetzt gerade in der Welt ausübt, ausklammert.



können aufgrund einer Katastrophe nicht mehr in ihrem Zuhause leben und die Bundeswehr hilft dabei, diese Orte wieder zugänglich zu machen. Die direkten Handlungen, die dabei durchgeführt werden, sind natürlich isoliert betrachtet erst mal im Interesse der Menschen. Jedoch haben solche auf den ersten Blick „guten“ Militäreinsätze einen äußerst reaktionären Kern. Sie sind daher absolut nicht in unserem Interesse.

Auf der einen Seite erzeugen solche Aktivitäten sehr gezielt ein propagandistisches Bild, welches die Mörder der Bundeswehr als die freundlichen netten Helfer der einfachen Leute darstellt, was im Endeffekt Propaganda für die imperialistischen Kriege der Herrschenden ist.

Die Bundeswehr ist ein bewaffneter Apparat, dessen Hauptzweck die Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse, der imperialistischen deutschen Großbourgeoisie, ist. Um diese Macht aufrechtzuerhalten und die Interessen der imperialistischen deutschen Großbourgeoisie durchzusetzen, wird die

Gleichzeitig normalisiert die Bundeswehr mit solchen Aktivitäten ihre Einsätze im Inland. Noch sind diese Einsätze quasi zivile Einsätze zum Katastrophenschutz, um sich volksnah als Saubermann mit weißer Weste darzustellen. Diese gewaltlosen Einsätze normalisieren aber generell Bundeswehreinsätze im Inneren, wozu auch zukünftige militärische Einsätze zählen, die dann durchgeführt werden, wenn die Arbeiterklasse ihre historische Mission erfüllt und das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nimmt.

Beispiele davon können wir zum Beispiel in den USA sehen, wo nach der Ermordung von George Floyd die militärischen Strukturen der Nationalgarde im Inland eingesetzt wurden, um die Polizei bei der Niederschlagung der Explosionen der Massen zu unterstützen. Auch in Deutschland gibt es für solche Fälle Regelungen, die den Einsatz des Militärs erlauben. So darf die Bundeswehr nach der Regelung des inneren Notstandes nicht nur zur zivil, sondern auch bewaffnet im Inneren eingesetzt werden, wenn eine drohende Gefahr für die Diktatur der Bourgeoisie, besteht.

Im Klartext heißt das, dass die Armee auch hier gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden wird, wenn diese für ihre Interessen kämpft. All die „netten Einsätze“, die von der Bundeswehr durchgeführt werden, dienen letztlich dazu, solche künftigen Einsätze gegen das Volk vorzubereiten. •

## KEINE ZEIT FÜR MITTELERDE

Seit dem 29. August zeigt ‚Amazon Prime‘ die zweite Staffel seiner eigenen Serie „Der Herr der Ringe: Die Ringe der Macht“. Diese handelt von Kriegen in J. R. R. Tolkiens Fantasiewelt „Mittelerde“, welche eine weitere Vorgeschichte zu Tolkiens weltberühmten Roman „Der Herr der Ringe“ darstellen sollen.

Die Serie ist mit einem Budget von aktuell ungefähr einer Milliarde US-Dollar (zum Vergleich: die Herr-der-Ringe-Trilogie von Regisseur Peter Jackson kostete 281 Millionen Dollar), Stand jetzt, die teuerste aller Zeiten. Alleine eine mickrige Folge soll knapp 60 Millionen Euro kosten. Trotz der hohen Kosten und der Tatsache, dass die Serie massiv beworben wird, weist die zweite Staffel bis jetzt geringere Zuschauerquoten als die erste auf, und schon damals haben lediglich 37 Prozent der Zuschauer die Serie bis zu Ende geguckt. Eine Überraschung?



Die Episoden der Serie sind von Postmodernismus durchsetzt – es geht in erster Linie darum, „epische“ Bilder zu erzeugen, bei denen „epische“ Individuen und ihre Einzelschicksale im Mittelpunkt stehen. Das macht das ganze auch so realitätsfern, dass es für einen Großteil einfach nicht mehr attraktiv ist.

Die Produktion von *Die Ringe der Macht* ist damit gewissermaßen eine Fortsetzung des cineastischen

Verfalls der „Mittelerde-Produktionen“ nach Peter Jacksons Herr-der-Ringe-Trilogie von 2001 – 2003, beginnend mit der „Hobbit-Trilogie“ 2012 – 2014, wo Regisseur Peter Jackson mit dem Zweck, einfach noch einmal viel mehr Geld zu machen, ein kleines Buch durch endlose übertriebene Action-Szenarien auf die Länge von *Herr der Ringe* brachte. Dieser Verfall auch nach bürgerlichem Maßstab ist ein Ausdruck von imperialistischer Degeneration – sie, in diesem Fall die Filmindustrie, können nichts Neues mehr schaffen, und deshalb nehmen sie das, was funktioniert hat, und wiederholen es immer und immer wieder.

Aber worum geht es bei „Herr der Ringe“ eigentlich? Die „westliche Welt“, die letzten „glanzvollen“ Monarchien, sind vom Untergang bedroht durch die dunkle, dystopische Gefahr aus dem Osten, die über die ganze Welt herrschen und alle Wesen zu ihren Knechten machen will. Dafür benutzt diese Macht

Armeen von verabscheuenswerten Wesen, die sich ständig reproduzieren und nur die barbarischsten Interessen haben. Sie bekommen Unterstützung aus dem Süden sowohl von schwarzen Männern, die Affenlaute machend halb-oberkörperfrei und mit Gesichtsbemalung Elefanten führen, als auch von schwarzhaarigen bärtigen Männern mit Turban und dunkler Haut (letzteres ist besonders der Fall in der Verfilmung von Peter Jackson, die 2001 gedreht wurde).

Die weißen Menschen der „Völker des Westens“ sind den Untermenschen des Ostens (Orks und Uruk-hais in Tolkiens Erzählung) in allen Belangen grundlegend überlegen; sie wurden lediglich durch den bösen Zauberer aus dem Osten verraten und sind zahlenmäßig unterlegen, was sie allerdings sehr oft dadurch wettmachen, dass sie einfach die „überlegenen Wesen“ sind und die stärkeren Kämpfer haben – Weiße Ritter gegen schwarze Massen.

Besonders „überlegen“ ist die Rasse der unsterblichen blonden Blauäugigen mit glatter Haut, deren Name vom preußischen Elbland hergeleitet ist, die aber in Mittelerde selbst vom Aussterben bedroht sind und deren „prachtvolles Reich“ keine Zukunft mehr hat, weil es zu viele „niederrassige“ Wesen in

# Rassenkunde nach J.R.R. Tolkien und Peter Jackson



„Die Elben waren die schönsten Geschöpfe in Arda, eine weit schönere Rasse als die Menschen, und im Allgemeinen groß [...] Unter ihnen waren diejenigen, die nach Valinor [oder Neu-Schwabenland?] gegangen waren, die schönsten und hatten die größte Körperfertigkeit. Elben hatten schärfere Sinne als Menschen. Sie waren anmutig und gleichzeitig stark und waren widerstandsfähig gegenüber extremen Naturbedingungen, Krankheiten und Seuchen.“



„Die Haradrim (Westron für „Südländer“) sind wilde und als kriegerisch beschriebene Menschen aus Harad, einem großen Bereich im südlichen Mittelerde [...] Die Haradrim sind im Allgemeinen groß und dunkelhäutig, mit schwarzem Haar und dunklen Augen. Die Bewohner von Fern-Harad werden als schwarzhäutig beschrieben, mit weißen Augen und roten Zungen, wie Halbtrolle. Sie tragen scharlachrote Kleidung und Goldschmuck. Einige Stämme der Haradrim bemalen ihre Körper.“

Mittelerde gibt, wie z.B. die Zwergenrasse (Tolkiens' Adaption der Juden).

„Der Herr der Ringe“ und die gesamte Lore ist ein unverhohlenen rassistisches, faschistisches und antikommunistisches Stück bürgerlicher Kultur. Es entspricht der Situation zur Mitte des vergangenen Jahrhunderts, dem Untergang des deutschen Faschismus, und ganz besonders dem Niedergang des britischen Empire als einstige vorherrschende imperialistische Supermacht und dem Erstarren der Internationalen Kommunistischen Bewegung. Die Umstände, unter denen Frodo Beutlin seine Reise mit dem Ring zum Schicksalsberg macht, sind nicht nur wilde Ideen, die Tolkien beim Pfeiferauchen gekommen sind, sondern direkte Ausdrücke des Klassenkampfes, so sehr er das auch leugnen wollte.

Dass sowohl der Roman von Tolkien als auch die Verfilmung von Peter Jackson ein der Form nach hohes künstlerisches Niveau haben, kann und braucht man nicht leugnen, aber sein Inhalt ist zutiefst reaktionär und ist ein direkter Ausdruck der Sichtweise der Imperialisten auf ihren bevorstehenden Untergang, den bevorstehenden Sieg des Kommunismus, ihrer

Angst vor den und ihrem Hass auf die kämpfenden Massen, auf das internationale Proletariat und die Völker der Welt. Heute mögen „Der Herr der Ringe“ und Tolkiens Mittelerde-Welt ein ‚Meilenstein‘ in Literatur und Film sein – Animal Farm ist es ja auch –, aber morgen wird sich niemand daran erinnern, weil es reaktionäre, faschistische und antikommunistische Kultur der Ausbeuter ist und die Arbeiter und die Völker der Welt, wenn sie an der Macht und die Ausbeuter verschwunden sind, dieses Werk auch in Frage der Form vielfach übertreffen und damit vergessen machen werden.

„Mittelerde“ bietet ein „Abtauchen“ in eine umfangreiche Fantasiewelt, die an mancher Stelle viel schöner als die Realität erscheint. Mittelerde ist eine Art „Ausweg“ aus der bitteren Realität. Ähnlich wie mit Drogen, Glücksspiel u.dgl.m. entflieht man so dieser Welt. In diesen Tagen, Wochen, Monaten und Jahren des harten und sich immer mehr verschärfenden Klassenkampfes überall auf der Welt – in unserer Zeit – ist schlichtweg nicht die Zeit für Mittelerde. Wir brauchen keine Fantasy, sondern Realismus, und die Realität kann, wenn man sich wagt, sie zu verändern, schöner sein als jede Fantasie. •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)



*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## KOMMENDE TERMINE

### BREMEN

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### VERANSTALTUNGSREIHE: VORSTELLUNG DER ANTIIMPERIALISTISCHEN LIGA

6. Oktober | Stuttgart  
12. Oktober | Leipzig  
19. Oktober | Berlin  
26. Oktober | Köln  
27. Oktober | Hamburg

Weitere Informationen gibt es online...

## KONTAKTE

### BUNDESWEIT

Roter Bund | [kontakt@roterbund.de](mailto:kontakt@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee | [rfk-kontakt@roterbund.de](mailto:rfk-kontakt@roterbund.de)

### BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | [bw@roterbund.de](mailto:bw@roterbund.de)

### BERLIN

Roter Bund | [berlin@roterbund.de](mailto:berlin@roterbund.de)

### BREMEN

Roter Bund | [bremen@roterbund.de](mailto:bremen@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk-bremen@roterbund.de](mailto:rfk-bremen@roterbund.de)

### HAMBURG

Roter Bund | [hamburg@roterbund.de](mailto:hamburg@roterbund.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rfk-hamburg@roterbund.de](mailto:rfk-hamburg@roterbund.de)

### NRW

Roter Bund | [nrw@roterbund.de](mailto:nrw@roterbund.de)

### DAS TITELBILD

Proteste anlässlich des Tages der Inhaftierten-  
Verschwundengelassenen in Oaxaca, Mexiko.

Quelle: Sol Rojista

**ROTE  
POST** 